

# Grüne Positionen zum Thema Lieferkettengesetz

## 1. Position der [Bündnis90/Grüne Bundestagsfraktion zum Lieferkettengesetz](#)

[Aktuelle Pressemitteilung zum Lieferkettengesetz \(13.01.2021\)](#)

[Bündnis 90/Die Grünen](#) wollen ein Lieferkettengesetz einführen, das die Beachtung der Menschenrechte durch Unternehmen verbindlich regelt und Umweltverschmutzung in globalen Lieferketten vermindert. Außerdem wollen wir eine Haftungsregelung für Prüfunternehmen festschreiben.

Zentrale Elemente, die solch ein Gesetz umfassen soll, sind:

- ❖ eine fortlaufende, umwelt- und menschenrechtsbezogene Risikoanalyse
- ❖ geeignete Präventionsmaßnahmen
- ❖ wirksame Abhilfemaßnahmen
- ❖ angemessene Organisationspflichten, d. h. Hinweisgebersysteme und Compliance-Strukturen
- ❖ Dokumentation und Berichterstattung über die ergriffenen Maßnahmen

Mit ihrem Antrag vom 18.12.2019 ([19/16061](#)) fordert die Bundestagsfraktion der Bündnis90/Grüne die Bundesregierung u.a. auf, den UN-Prozess zur Entwicklung eines rechtsverbindlichen Instruments zur Regulierung der Aktivitäten von transnationalen Unternehmen im Hinblick auf die Einhaltung von Menschenrechtsstandards zu unterstützen und sich in der zwischenstaatlichen Arbeitsgruppe einzubringen.

Mit Bezug auf die 2011 vom Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen angenommenen „[Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte](#)“ unterstützt die Bundestagsfraktion die Forderung nach einem sozial-ökologischen Rahmen, der die Pflichten von Unternehmen konkretisiert sowie die Folgen bei Verstößen regelt. Diese Regelung muss demnach an verschiedenen Ebenen ansetzen:

- verbindliche Sorgfaltspflichten
- Berichtspflichten
- effektive Sanktionen
- Die Herstellung von Politikkohärenz ist außerordentlich wichtig. Handels- und Investitionsverträge müssen menschenrechtskonform gestaltet sein. Bei Entscheidungen über öffentliche Beschaffung, die Tätigkeiten von Unternehmen in öffentlicher Hand und Außenhandelsförderung müssen die EU und die Mitgliedsstaaten selbst Sorgfaltsprozesse anwenden.
- Die Bundestagsfraktion der Bündnis90/Grüne sieht die Bundesregierung in der Pflicht, im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft auf ein europäisches, rechtsverbindliches Instrument zur Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten hinzuwirken
- In der EU ansässige Unternehmen dürfen ihre Profite nicht auf Kosten der Menschenrechte, der Umwelt und des Klimaschutzes in den Produktionsländern erwirtschaften. Um dies effektiv zu verhindern, braucht es nationale, europäische

und international bindende Regelungen zu menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten in den Lieferketten.

*„...Im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft auf ein europäisches, rechtsverbindliches Instrument zur Einhaltung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten hinzuwirken;... (18.12.2019)*

Außerdem braucht es Handelsverträge, die Menschenrechte, Klimaschutz und Entwicklung in den Partnerländern fördern, statt ihnen zu schaden. Das Abkommen zwischen der EU und den Mercosur-Staaten beispielsweise wird dem in keiner Weise gerecht.

*„im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft auf eine europäische Akkreditierungspflicht für Prüfunternehmen hinzuwirken und sich dafür einzusetzen, dass auf EU-Ebene und international Haftungslücken gegenüber Prüfunternehmen geschlossen werden (28.01.2020)*

Die Grüne Bundestagsfraktion hat bereits in den vergangenen Legislaturperioden Initiativen zum Thema Wirtschaft und Menschenrechte sowie Lieferkettengesetz eingebracht: Ein sozial-ökologischer Rahmen, der die Pflichten von Unternehmen konkretisiert sowie die Folgen bei Verstößen regelt, muss an verschiedenen Ebenen ansetzen: [Verbindliche Sorgfaltspflichten](#), [Transparenz](#) und [effektive Sanktionen](#). Außerdem muss sich die Bundesregierung endlich konstruktiv an der Erarbeitung eines [UN-Abkommens zum Schutz der Menschenrechte in der globalen Wirtschaft](#) – einem *UN binding treaty* - beteiligen.

## 2. Die Position der Partei Grüne/EFA im Europäischen Parlament zum Lieferkettengesetz

- [Pressemitteilung zu EU-Kommissar Reynders „due diligence legislation“](#) (engl.)
- [Lieferkettengesetz-Broschüre von Anna-Cavazzini](#)

## 3. Die Position der Partei Bündnis90/Grüne Position zur nachhaltigen Struktur- und Kommunalpolitik

- Über öffentliche Vergabe Anreize für Unternehmen zu schaffen, notwendige Maßnahmen zur Einhaltung umweltbezogener und menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten zu ergreifen; (Beschluss: [Kommunale Nachhaltigkeitsstrategie](#))
- (Angemessene Unterstützungs- und Beratungsangebote zur Umsetzung von Maßnahmen zur Einhaltung umweltbezogener und menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten für kleine und mittelständische Unternehmen bereitzustellen)
- [Position: Uwe Kekeritz - Bundestagsfraktion](#)